

Beratungsstelle „Lawine“ und BBB im Gespräch



Heike Karau, Edith Wolf, Stefanie Zorbach, Joachim Rechholz, Johannes Haas im Gespräch (v.l.).

(Bruchköbel/pm) - In den jährlichen Haushaltsberatungen der Stadtverordnetenversammlung Bruchköbel wird auch die Unterstützung sozialer Einrichtungen diskutiert. Diese sind überwiegend in Hanau ansässig. Die angebotenen Lebenshilfen werden aber auch von Bruchköbeler Bürgerinnen und Bürgern benötigt bzw. angenommen. Eine der momentan geförderten Einrichtungen ist die „Lawine“, Beratungs- und Präventionsstelle gegen sexuelle Gewalt. Vorstandsmitglieder des Bruchköbeler Bürgerbundes (BBB), darunter Stefanie Zorbach und Johannes

Haas, besuchten sie deshalb, um sich vor Ort bei den Mitarbeiterinnen Heike Karau und Edith Wolf zu informieren. Die Beratungsstelle „Lawine“ besteht bereits seit 1991 und ist vor kurzem in neue Räume umgezogen, die eine sehr angenehme Atmosphäre ausstrahlen. Sie ist als Fachberatungsstelle für Betroffene von sexueller Gewalt für die Stadt Hanau und den Main-Kinzig-Kreis zuständig. Mädchen und Jungen bis zu 12 Jahren, jugendliche Mädchen und Frauen sowie deren Bezugs- und Vertrauenspersonen können die Hilfe kostenlos in Anspruch nehmen. Die Beratung

ist vertraulich und auf Wunsch anonym. Die „Lawine“ will die Öffentlichkeit über das Ausmaß und die Tragweite von sexueller, psychischer und physischer Gewalt an Kindern und Frauen informieren und so zu einer gesellschaftlichen Ächtung jeglicher Form von Gewalt beitragen. „Wir sind dankbar für die wertvolle Arbeit der 'Lawine'-Mitarbeiter und ihrer ehrenamtlichen Unterstützer. Wir waren betroffen von der hohen Anzahl von Opfern im Main-Kinzig-Kreis und somit auch in Bruchköbel. Das Gespräch hat uns noch mehr gezeigt, wie wichtig die Arbeit der 'Lawine' ist und wie sehr eine unveränderte Unterstützung notwendig ist. Für den BBB ist klar, dass die 'Lawine' weiterhin einen Zuschuss der Stadt Bruchköbel erhalten muss“, so der BBB-Vorsitzende Joachim Rechholz. Heike Karau, Mitarbeiterin der Beratungsstelle, formulierte den Wunsch an die politisch Verantwortlichen, sich in ihrem Rahmen auch weiterhin für den Erhalt des Angebots für Betroffene von sexueller Gewalt einzusetzen.